

N i e d e r s c h r i f t
**über die Sitzung des Beirates für Sozialhilfe, Sozial- und
Seniorenangelegenheiten**

Sitzungstermin	Mittwoch, den 16.11.2016		
Sitzungsbeginn	15:00 Uhr	Sitzungsende	16:10 Uhr
Sitzungsort	im Rathaus - großer Sitzungssaal (Zimmer 203)		

Alle Mitglieder des Beirates für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten wurden gem. § 30 GeschO ordnungsgemäß zur Sitzung geladen.

Entschuldigt bzw. nicht anwesend waren:

Beiratsmitglieder

Ledenko, Angelika

Beratende Mitglieder

Cieplik, Traudel

Hermany, André Dekan

Krause, Christian Diakon

Leipold, Thomas

Paulus, Christiane

Steinkirchner, Werner

Das Gremium (Beirat für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten) ist beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt sich die neue Vorsitzende des Seniorenrates Frau Inge Hartosch kurz vor. Besonders wichtig sind ihr dabei folgende Punkte:

- Anlaufstellen in allen Stadtteilen (analog Quartiersbüro Hardhöhe, Projekt "In der Heimat wohnen" etc.)
- Teilhabe für Menschen mit wenig Geld
- Kurzstrecke zu den Einkaufsmöglichkeiten/größeren Supermärkte
- mehr Öffentlichkeit/Aufmerksamkeit

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Protokoll des Beirates für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten
2. Sachstand zum Projekt "Fürth Für Alle"
3. Sachstandsbericht EHAP-Projekt "PFIF-Perspektiven finden in Fürth"
4. Fortschreibung der Angemessenheitsobergrenzen für die Kosten der Unterkunft 2016
5. Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 13.09.2016 - Wohnungssituation
- 5.1. Vorlage zum Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 13.09.2016 - Wohnsituation
6. Informationen
 - a) Obdachlosenunterkunft Oststr.
 - b) Asyl

Protokoll:

Öffentlicher Teil

Protokoll des Beirates für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten	
TOP 1	SP-Nr.
Protokollnotiz:	
Beschluss: Gegen das Protokoll der Sitzung des Beirates für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten vom 13.07.16 werden keine Einwendungen erhoben.	

Sachstand zum Projekt "Fürth Für Alle"	
TOP 2	SP-Nr.
Protokollnotiz: Der Tagesordnungspunkt entfällt wegen Erkrankung von Herrn Ortlieb und wird auf den nächsten Beirat verschoben.	
Beschluss:	

Sachstandsbericht EHAP-Projekt "PFIF-Perspektiven finden in Fürth"	
TOP 3	SP-Nr.
Protokollnotiz: Herr Sahr gibt einen Überblick über die ersten 10 Monate des über 3 Jahre laufenden Modellprojekts des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP). Das Projekt richtet sich an 2 Zielgruppen, (neu) zugewanderte EU-Bürgerinnen und Bürger und deren Kinder sowie Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen aus der Europäischen Union einschließlich Deutsche. Zu den weiteren Inhalten des Projektes wird auf die dem Protokoll beigefügte Präsentation verwiesen. Frau Reichert betont, dass diese Aufgaben auch ohne das EHAP-Projekt von der Stadt zu	

bewältigen wären und dass für diese heterogenen Gruppen eine aufsuchende Sozialarbeit notwendig geworden wäre.

Beschluss:

Fortschreibung der Angemessenheitsobergrenzen für die Kosten der Unterkunft 2016
TOP 4 SP-Nr.

Protokollnotiz:

Der Beirat für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten nimmt von der Vorlage der Verwaltung Kenntnis und empfiehlt dem Stadtrat mit einer Gegenstimme die in dem Gutachten neu festgesetzten Mietobergrenzen zu beschließen. Die Erhöhung der Mietobergrenze wird allgemein begrüßt.

Beschluss:

Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 13.09.2016 - Wohnungssituation
TOP 5 SP-Nr.

Protokollnotiz:

Beschluss:

Vorlage zum Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 13.09.2016 - Wohnsituation
TOP 5.1 SP-Nr.

Protokollnotiz:

Der Beirat für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten nimmt von der Vorlage der Verwaltung und der Tischvorlage Kenntnis. Zur Tischvorlage wird erläutert, dass bezüglich der Anträge auf Abgeschlossenheit keine Unterscheidung zwischen Alt- und Neubau getroffen werden kann.

Beschluss:

Informationen
a) Obdachlosenunterkunft Oststr.
b) Asyl

TOP 6

SP-Nr.

Protokollnotiz:

zu a): In der Obdachlosenunterkunft Oststr. musste aufgrund von massiven Zerstörungen und unkontrolliertem Zugang von Osteuropäern (insbesondere Rumänen) ein Sicherheitsdienst installiert werden. Dieser wurde zunächst für 3 Monate mit der Option der Verlängerung um weitere 3 Monate beauftragt. Die Unterbringung von Obdach- bzw. Wohnungslosen ist aber grundsätzlich neu zu überdenken und zu konzeptionieren. Zunächst bleiben die Resultate und Erkenntnisse mit der Installierung einer Security in der Oststr. abzuwarten.

zu b): Die Flüchtlingszahlen sind konstant rückläufig, immer mehr Flüchtlinge werden anerkannt und beziehen in der Regel dann Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV). Gleichwohl sind die Unterkünfte nach wie vor belegt, da die anerkannten Flüchtlinge und ihre nachziehenden Familien nur schwer eine Wohnung finden. Aufgrund des neuen Integrationsgesetzes müssen die anerkannten Asylbewerber sich bis zu 3 Jahren kraft Gesetzes in dem Bundesland aufhalten, in dem sie zugewiesen wurden. Zusätzlich können und werden die Regierungen Wohnsitzzuweisungen in konkrete Kommunen aussprechen. Grundsätzlich wird auch hier die Kommune zuständig bleiben, in die der/die Asylbewerber/in zugewiesen wurde. Eine Ausnahme von der Wohnsitzzuweisung kann nur in Ausnahmefällen (ausreichendes Erwerbseinkommen, Studienplatz, Familienzusammenführung etc.) von der Ausländerbehörde erteilt werden. Aktuell halten sich bereits über 100 sog. Fehlbeleger in dezentralen (kommunalen) Unterkünften auf, die sich eine Wohnung auf dem Wohnungsmarkt suchen müssen, Tendenz steigend.

Eine mögliche zusätzliche Konsequenz könnte sein, dass die Stadt Fürth, für den Fall, dass die Regierung nicht mehr die Kosten der Unterkünfte in vollem Umfang übernimmt, auf erheblichen Kosten sitzen bleibt, da die Differenz zwischen den qua Gebührensatzung vom Jobcenter zu erstattenden Kosten und den tatsächlichen, an die Betreiber zu zahlenden Kosten, nicht vom Bund getragen wird. Hier wäre die zusätzliche Schaffung von günstigem Wohnraum dringend erforderlich, damit die anerkannten Flüchtlinge möglichst schnell in eine eigene Wohnung ziehen können.

Beschluss:

Braun
Bürgermeister

Vogelreuther
Protokollführer/in